

E i n l a d u n g

Gremium: Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 19.03.2012, 17:00 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses

Rastede, den 15.03.2012

1. An die Mitglieder des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hinweis: Vor der öffentlichen Sitzung findet um 14 Uhr ein Bereisung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen zum Thema „Deckenprogramm 2012/2013“ statt. Treffpunkt ist beim Rathaus.

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit dem Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung**
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 06.02.2012**
- TOP 4 56. Änderung des Flächennutzungsplanes - Photovoltaikpark Hahn
Vorlage: 2012/049**
- TOP 5 Bebauungsplan Nr. 96 - Photovoltaikpark Hahn
Vorlage: 2012/050**
- TOP 6 57. Änderung des Flächennutzungsplanes - Photovoltaikpark Liethe
Vorlage: 2012/047**
- TOP 7 Bebauungsplan Nr. 97 - Photovoltaikpark Liethe
Vorlage: 2012/048**
- TOP 8 Deckenprogramm 2012/2013
Vorlage: 2012/041**
- TOP 9 Ausbau Buschweg - Festlegung des Ausbauquerschnittes
Vorlage: 2012/052**

Einladung

- TOP 10 Abschnittsbildungsbeschluss für den Ausbau Buschweg
Vorlage: 2012/053**
- TOP 11 Fortschreibung des ZVBN-Nahverkehrsplans 2013-2017 - Antrag B'90/Die
Grünen
Vorlage: 2012/040**
- TOP 12 Einrichtung einer Querungshilfe an der Oldenburger Straße, Antrag der
F.D.P.
Vorlage: 2012/046**
- TOP 13 Schließung der Sitzung**

**Mit freundlichen Grüßen
gez. von Essen
Bürgermeister**

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2012/049**

freigegeben am 01.03.2012

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Jörg-Hendrik Kunze

Datum: 01.03.2012**56. Änderung des Flächennutzungsplanes - Photovoltaikpark Hahn****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	19.03.2012	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	20.03.2012	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Der Entwurf zur 56. Änderung des Flächennutzungsplanes (56. Flächennutzungsplan-änderung– Photovoltaikpark Hahn) wird beschlossen.
2. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs.1 Bau GB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 19.03.2012 berücksichtigt.
3. Dem Entwurf der 56. Änderung des Flächennutzungsplanes nebst Umweltbericht wird zugestimmt.
4. Die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gemäß § 3 Abs.2 BauGB in Verbindung mit § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Sach- und Rechtslage:

Zur vorbereitenden Planung für die Aufstellung des Bebauungsplanes 96 – Photovoltaikpark Hahn, soll im Parallelverfahren die 56. Änderung des Flächennutzungsplanes durchgeführt werden. Hierzu hatte der Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung am 14.02.2012 die frühzeitige Bürgerbeteiligung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschlossen (s. Vorlage 2012/017).

Die formelle frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung fand am 27.02.2012 im Rahmen einer Informationsveranstaltung im Ratssaal des Rathauses statt. Im Rahmen der Bürgerbeteiligung gab es keine Stellungnahmen.

Nunmehr kann der Beschluss zur öffentlichen Auslegung gefasst werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen mit Abschluss des städtebaulichen Vertrages zur Verfügung.

Anlagen:

1. Planzeichnung
2. Begründung
3. Abwägungsvorschlag

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2012/050

freigegeben am 01.03.2012

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Jörg-Hendrik Kunze

Datum: 01.03.2012

Bebauungsplan Nr. 96 - Photovoltaikpark Hahn

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	19.03.2012	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	20.03.2012	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes 96 – „Photovoltaikpark Hahn“ nebst Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.
2. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 19.03.2012 berücksichtigt.
3. Dem Entwurf des Bebauungsplanes 96 – „Photovoltaikpark Hahn“ nebst Begründung und Umweltbericht wird zugestimmt.
4. Die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gemäß § 4a Abs. 2 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsausschuss hatte in seiner Sitzung am 14.02.2012 die frühzeitige Bürgerbeteiligung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschlossen (s. Vorlage 2012/018).

Die formelle frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung fand am 27.02.2012 im Rahmen einer Informationsveranstaltung im Ratssaal des Rathauses statt; hierbei gab es keine Stellungnahmen.

Die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange erfolgte schriftlich bis zum 12.03.2012. Wesentliche Stellungnahmen kamen vom Landkreis Ammerland, der u. a. auf eine 110-kV-Hochspannungsleitung der Deutschen Bahn AG hingewiesen hat. Derzeit wird mit der Deutschen Bahn abgestimmt, inwieweit eine Photovoltaiknutzung unterhalb von Hochspannungsleitungen zulässig ist.

Die Stellungnahme der Deutschen Bahn AG wird bis zum 19.03.2012 erwartet. Sollte sich herausstellen, dass eine Unterbauung nicht möglich ist, wird der Planentwurf entsprechend geändert und im Rahmen der Sitzung präsentiert.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen mit Abschluss des städtebaulichen Vertrages zur Verfügung.

Anlagen:

1. Planzeichnung
2. Begründung
3. Abwägungsvorschlag

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2012/047

freigegeben am 01.03.2012

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Jörg-Hendrik Kunze

Datum: 01.03.2012

57. Änderung des Flächennutzungsplanes - Photovoltaikpark Liethe

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	19.03.2012	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	20.03.2012	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Der Entwurf zur 57. Änderung des Flächennutzungsplanes (57. Flächennutzungsplan-änderung– Photovoltaikpark Liethe) wird beschlossen.
2. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs.1 Bau GB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 19.03.2012 berücksichtigt.
3. Dem Entwurf der 57. Änderung des Flächennutzungsplanes – Photovoltaikpark Liethe nebst Umweltbericht wird zugestimmt.
4. Die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gemäß § 3 Abs.2 BauGB in Verbindung mit § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Sach- und Rechtslage:

Zur vorbereitenden Planung für die Aufstellung des Bebauungsplanes 97 – Photovoltaikpark Liethe soll im Parallelverfahren die 57. Änderung des Flächennutzungsplanes durchgeführt werden. Hierzu hatte der Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung am 14.02.2012 die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschlossen (s. Vorlage 2012/015).

Inhalt dieser Planung ist im Wesentlichen die Darstellung der künftigen Sonderbaufläche mit Zweckbestimmung „Photovoltaikpark“. Der Umfang der Änderung des Flächennutzungsplanes hat sich zwischenzeitlich reduziert, da der Investor mittlerweile von der Nutzung der nördlichen Flächen Abstand genommen hat.

Die formelle frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung fand am 23.02.2012 im Rahmen einer Informationsveranstaltung im Ratssaal des Rathauses statt. Im Rahmen der Bürgerbeteiligung gab es keine wesentlichen Stellungnahmen.

Die Träger öffentlicher Belange wurden im Rahmen eines Scopingtermins am 24.02.2012 formell beteiligt. Es gab darüber hinaus eine Frist zur Abgabe von Stellungnahmen bis zum 02.03.2012. Wesentliche Stellungnahmen wurden durch den Landkreis Ammerland, das Forstamt Weser-Ems, die Deutsche Bahn sowie die archäologische Denkmalpflege abgegeben. Die Abwägungsvorschläge sind dieser Vorlage als Anlage beigefügt.

Nunmehr kann der Beschluss der einmonatigen öffentlichen Auslegung gefasst werden.

Nähere Erläuterungen werden hierzu in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Planungsbüro Diekmann und Mosebach gegeben.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen mit Abschluss des städtebaulichen Vertrages zur Verfügung.

Anlagen:

1. Planzeichnung
2. Abwägungsvorschlag

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2012/048

freigegeben am 01.03.2012

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Jörg-Hendrik Kunze

Datum: 01.03.2012

Bebauungsplan Nr. 97 - Photovoltaikpark Liethe

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	19.03.2012	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	20.03.2012	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 97 – Photovoltaikpark Liethe nebst Umweltbericht wird beschlossen.
2. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 19.03.2012 berücksichtigt.
3. Dem Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 97 – Photovoltaikpark Liethe nebst Begründung und Umweltbericht wird zugestimmt.
4. Die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gemäß § 4a Abs. 2 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats durchgeführt.

Sach- und Rechtslage:

Gemäß Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 14.02.2012 (Beschlussvorlagen Nr. 2012/016) ist die formelle frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung am 23.02.2012 im Rahmen einer Informationsveranstaltung im Ratssaal des Rathauses durchgeführt worden. Bei der Bürgerbeteiligung gab es keine wesentlichen Stellungnahmen.

Die Träger öffentlicher Belange wurden im Rahmen eines Scopingtermins am 24.02.2012 formell beteiligt. Es gab darüber hinaus eine Frist zur Abgabe von Stellungnahmen bis zum 02.03.2012. Wesentliche Stellungnahmen wurden durch den Landkreis Ammerland, das Forstamt Weser-Ems, die Deutsche Bahn sowie die archäologische Denkmalpflege abgegeben.

Seitens des Investors wurde mitgeteilt, dass es kein Interesse mehr gibt, die nördliche Fläche für Photovoltaik zu nutzen. In Absprache mit der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Ammerland soll sie nun der Waldkompensation für die Eingriffe in der südlichen Fläche dienen.

Die Abwägungsvorschläge sind dieser Vorlage als Anlage beigelegt.

Nunmehr kann der Beschluss der einmonatigen öffentlichen Auslegung gefasst werden.

Nähere Erläuterungen werden hierzu in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Planungsbüro Diekmann und Mosebach gegeben.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen mit Abschluss des städtebaulichen Vertrages zur Verfügung.

Anlagen:

1. Planzeichnung
2. Abwägungsvorschläge

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2012/041**

freigegeben am 27.02.2012

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Jörn Rabius

Datum: 27.02.2012**Deckenprogramm 2012/2013****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	19.03.2012	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	24.04.2012	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Folgende Straßen werden 2012 saniert:

Haarenkamp	Tragdeckschicht/ Tränkung	29.000 €
Dörpstraat	Oberflächenbehandlung (OB)	30.000 €
Logemanns Damm	Decke	104.000 €
Brombeerweg	Oberflächenbehandlung (OB)	15.000 €
Moorweg	Oberflächenbehandlung (OB)	6.000 €
Hirtenweg	Decke	28.000 €
Am Heidkamp 1.BA	Decke	38.000 €
Gesamtinvestition 2012		250.000 €

Folgende Straßen werden 2013 saniert:

Am Heidkamp 2. BA	Decke	93.000 €
Friedhofsweg	Dünne Schicht im Kalteinbau (DSK)	26.000 €
Waldstraße	Decke/ Bord/ Rinne	93.000 €
Carl-Rohde-Straße	DSK	38.000 €
Gesamtinvestition 2013		250.000 €

Sach- und Rechtslage:

In den letzten Jahren wurden im Gemeindegebiet bereits diverse Straßen mit Erfolg saniert. Im Januar 2012 wurden 80 Straßen einer visuellen Untersuchung unterzogen. Dabei stellte sich heraus, dass in den nächsten Jahren viele Straßen saniert oder ausgebaut werden müssen. Das hat zur Folge, dass sich Abweichungen von den bereits 2007 beschlossenen Sanierungsmaßnahmen ergeben. Die Abweichungen resultieren insbesondere aus Witterungseinflüssen aber auch aus extremen Nutzungen, die die Straßen belasten und zu Schäden geführt haben.

Bei der Beurteilung der Straßen wurden verschiedene Parameter berücksichtigt, wie der bauliche Zustand und die verkehrliche Bedeutung. Es wurden sowohl Straßen mit Pflaster- als auch mit Asphaltdecken beurteilt. Die technischen Verfahren werden so gewählt, dass eine möglichst effektive und wirtschaftliche Sanierung durchgeführt wird. Außerdem ist der Umfang so gewählt worden, dass die Inanspruchnahme finanzieller und personeller Ressourcen möglichst über mehrere Jahre verteilt ist.

Hier eine kurze Darstellung der einzelnen Verfahren.

Oberflächenbehandlung oder auch doppelte Oberflächenbehandlung

Es wird eine Bitumenemulsion aufgebracht, die anschließend mit Splitt abgestreut wird. Diese Behandlung wird eingesetzt, um die Witterungsbeständigkeit zu verbessern, die bauliche Substanz vor eindringendem Wasser zu schützen und die Griffigkeit zu verbessern. Der Splitt muss hier mindestens 14 Tage auf der Fläche verbleiben. Der Überschuss wird nach wenigen Wochen abgekehrt. Die Verdichtung erfolgt durch den Straßenverkehr.



Dünne Schichten im Kalteinbau

Dünne Schichten im Kalteinbau werden aus einem Gemisch von feinkörnigem Splitt und Bitumenemulsionen mit kombinierten Misch- und Verlegemaschinen aufgebracht. Diese Behandlung wird eingesetzt, um die Bausubstanz zu schützen, die Gleichmäßigkeit der Oberfläche wiederherzustellen und die Griffigkeit zu verbessern, ohne jedoch das Fahrprofil wesentlich zu verändern. Dieses Verfahren kann als Ersatz für eine Asphaltdeckschicht eingesetzt werden, wenn das Längs- oder Querprofil noch weitestgehend in Ordnung ist.



Fahrbahndecke (Asphaltdeckschicht)

Hier wird die vorhandene Decke zum Teil ganzflächig herausgefräst, damit die bestehenden Anschlusshöhen unverändert bleiben (z. B. an Rinnen oder an unveränderlichen Zufahrten), aber auch um die Standfestigkeit des Fahrbahnaufbaus zu gewährleisten. Danach wird eine Asphaltdeckschicht im Heißeinbau mittels eines Fertigers eingebaut und die darunter befindliche bituminöse Tragschicht mit einer Bitumenemulsion angespritzt. Je nach Verkehrsbelastung muss das Mischgut gröbere oder feinere Zuschlagstoffe (Splitt) enthalten. Der Größtkornanteil bestimmt die Dicke der einzubauenden Schicht und die Ebenflächigkeit. Als Faustformel gilt, dass das 2,5 bis 3-fache des Größtkorns die Dicke der Decke darstellt, z. B. bei einer Deckschicht 0/8 mm würde die Dicke etwa 2,5 cm (70 kg/m^2) betragen. Das Mischgut wird heiß eingebaut und die Verdichtung erfolgt durch Walzen.

Tragdeckschicht

Die Arbeiten für eine Tragdeckschicht sind wie bei einer Decke. Asphalttragdeckschichten sind jedoch eine Kombination aus Asphalttrag- und Asphaltdeckschichten. Sie wurden für die vergleichsweise dünnen Asphaltbefestigungen im ländlichen Wegebau entwickelt. Sie kommen dann in Betracht, wenn eine für die erforderliche Tragfähigkeit zwar ausreichende, aber doch relativ geringe Gesamtdicke (8-10 cm) nicht mehr in Asphalttragschicht und Asphaltdeckschicht aufgeteilt werden kann, ohne deren bautechnische begründete Mindestdicken zu unterschreiten oder wenn es aus wirtschaftlichen Gründen nicht anders durchführbar ist. Bei der üblichen Körnung von 0/16 mm ist eine Schichtdicke von 8 cm üblich.

Auswahlverfahren

Die Straßen wurden nach unterschiedlichsten Kriterien ausgewählt. Neben den Beobachtungen bei den Straßenkontrollen und den Mängelmeldungen von Bürgern wurde nach diesem Winter eine umfassende Bereisung durchgeführt. Die Mängel der nachstehend aufgeführten Straßen wurden analysiert und unter Berücksichtigung des Zustandes, der Sanierungsfähigkeit und der verkehrlichen Bedeutung in eine Prioritätenliste gebracht. Die Abweichung von bereits vor Jahren erstellten Sanierungslisten ergibt sich aus der Nutzung der Straßen und aus den Abweichungen von dem vor Jahren festgestellten Schadensbild.

Es werden hier nur die Straßen aufgeführt, die in den nächsten Jahren im Deckenprogramm berücksichtigt werden sollen oder für die ein Ausbau erforderlich wird. Für die verbleibenden Straßen sind Reparaturmaßnahmen mittels Patcher oder durch Maßnahmen des Bauhofes eingeplant. Wegen des fehlenden Zusammenhangs zum Deckenprogramm wird auf eine Auflistung dieser Straßen an dieser Stelle verzichtet.

Untersuchte Straßenzüge:

Sophienstraße, An Hagendorfs Busch, Diedrich-Freels-Straße, An der Bleiche, Elektrizitätsweg, Friedhofsweg, Kögel-Willms-Straße, Marienstraße, Waldstraße, Hasenbült, Im Göhlen, Mühlenstraße, Parkstraße, Emsoldstraße, Buchenstraße, Hirschtoweg, Fasanenstraße, Zum Damm, Am Stratjebusch, Buschweg, Wilhelm-Kraatz-Straße, Carl-Rohde-Straße, Lessingstraße, Schillerstraße, Arndtstraße, Hebbelstraße, Raabestraße, Leuchtenburger Straße, Sommerweg, Zur Bokelerburg, An der Brücke, Brombeerweg, Sandbergstraße, Hohlweg, Wapelstraße, Ostestraße, Hesterstraße, An der Bäke, Wiemkenstraße, Geestrandstraße, Huntorfer Damm, Wellenstraße, Talweg, Loyerbergstraße, Dorfstraße, Ringstraße, Wittenmoordamm, Eggerkingweg, Speckweg, Hundertjückweg, Dwoweg, Zur Jade, Dörpstraat, Hahnermoorweg, Lammers Damm, Bekhauser Esch, Kurze Straße, Bekhausermoorweg, Zum Roten Hahn, An der Lemmelheide, Nethener Weg, Alter Lehmder Weg, Wendeweg, Werkstraße, Mittelweg, Mollberger Weg, Kreyenstraße, Hirtenweg, Rehornweg, Hohe Liethe, Am Liethegleis, Logemanns Damm, Weidenstraße und Roggenmoorweg.

Der Straßenzustand und die verkehrliche Bedeutung haben den Ausschlag für die im Beschlussvorschlag genannten Straßen ergeben.

Weitere Ausführungen hinsichtlich der Auswahl der Straßen sowie sonstiger Unterhaltungsmaßnahmen erfolgen in der Sitzung.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen für die Maßnahmen in 2012 zur Verfügung. Für 2013 müssen die Haushaltsmittel im Rahmen der Haushaltsberatungen eingestellt werden.

Anlagen:

keine

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2012/052**

freigegeben am 07.03.2012

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Hans-Hermann Ammermann

Datum: 07.03.2012**Ausbau Buschweg - Festlegung des Ausbauquerschnittes****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	19.03.2012	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	24.04.2012	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Buschweg erhält in dem Ausbauabschnitt zwischen Bahnstrecke und Morissestraße eine 4,50 m breite Fahrbahn zuzüglich einer Reihe Ritterbankettplatten sowie einen in nördlicher Richtung angrenzenden Gehweg von 1,5 m Breite mit einer Hochbordeinfassung.

Sach- und Rechtslage:

Der Buschweg im Bereich des Waldstückes Stratjebusch verfügt zurzeit über einen ca. 1,35 m breiten Gehweg aus Gehwegplatten, eingefasst mit einem Tiefbord, und einer ca. 4,40 m breiten befestigten Fahrbahn. Daran anschließend befindet sich eine ca. 2 m breite Berme.

Letztmalig wurde im Zusammenhang mit der Überprüfung hinsichtlich der Notwendigkeit des Bahnüberganges Buschweg/DB-Strecke Oldenburg-Wilhelmshaven eine Verkehrsmessung durchgeführt. Diese Messung weist einen durchschnittlichen täglichen Verkehr von 219 Fahrzeugen aus und zeigt, dass der Buschweg in diesem Teilbereich nur sehr gering belastet ist. Auffällig hoch ist mit 65 Zweirädern der Anteil der schwächeren Verkehrsteilnehmer, was offensichtlich auf den Schulweg zur Feldbreite zurückzuführen ist.

Ausgehend von der vorhandenen Verkehrszählung, die in der Anlage beigelegt ist, schlägt die Verwaltung vor, einen Querschnitt in ähnlicher Form herzustellen, wie er jetzt vorhanden ist. Bei der Abbildung der Zählung ist darauf hinzuweisen, dass bei geringsten Fahrzeugmengen keine grafische Darstellung erfolgt.

Die Notwendigkeit des Straßenausbaus ergibt sich aus den defekten Regen- und Schmutzwasserkanälen.

Es wird vorgeschlagen, den Gehweg auf 1,50 m zu verbreitern, eine Einfassung mit Hochbord vorzusehen und den Buschweg in einer Breite von 4,50 m zu befestigen. Daran angrenzend sollte zur Stabilisierung der Berme eine sogenannte Ritterbankettplatte angebaut werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Zurzeit keine.

Anlagen:

Anlage 1 - Verkehrszählung vom 16./17.11.2009

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2012/053**

freigegeben am 07.03.2012

GB 3

Sachbearbeiter/in: Frau Sandra Ahlers

Datum: 07.03.2012**Abschnittsbildungsbeschluss für den Ausbau Buschweg****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	19.03.2012	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	24.04.2012	Verwaltungsausschuss
Ö	17.07.2012	Rat

Beschlussvorschlag:

Im Rahmen der Straßenausbaumaßnahme „Buschweg“ wird beitragsrechtlich ein selbstständig abrechenbarer Abschnitt zwischen dem Einmündungsbereich Buschweg / Morissestraße und der Eisenbahnquerung Oldenburg-Wilhelmshaven (Anlage 1) gebildet.

Ein Ausbau über den ausgebauten Abschnitt hinaus im Bereich des Buschweges (Eisenbahnquerung Oldenburg-Wilhelmshaven bis Einmündungsbereich Feldbreite sowie Einmündungsbereich Morissestraße bis Einmündungsbereich Voßbarg) ist nach Durchführung weiterer Untersuchungen und damit Konkretisierung der Baumaßnahmen zu einem späteren Zeitpunkt vorgesehen.

Sach- und Rechtslage:

Im Straßenausbaubeitragsrecht ist bei einem Ausbau einer Straße zunächst der gesamte Verlauf der Straße zu berücksichtigen. Das wäre im Fall des Straßenausbaus des Buschweges der gesamte Verlauf zwischen den Straßen „Voßbarg“ und „Feldbreite“. Da der Buschweg lediglich zwischen dem Einmündungsbereich Morissestraße/Buschweg sowie der Eisenbahnquerung Oldenburg-Wilhelmshaven ausgebaut werden soll und auch nur dafür Beiträge von den Anliegern erhoben werden sollen, die zu diesem Ausbaubereich gehören, ist nach den Bestimmungen der Straßenausbaubeitragssatzung (§ 1 Absatz 3) eine Abschnittsbildung erforderlich.

Ein Abschnitt muss grundsätzlich durch äußerlich erkennbare Merkmale abgrenzbar sein. Merkmale dieser Art können zum Beispiel einmündende Straßen, Brücken, Plätze, Wasserläufe, aber auch Grenzen zwischen einem bebauten und unbebauten Geländeabschnitt sein. Der Abschnitt für den Straßenausbau Buschweg kann zwischen dem Einmündungsbereich Morissestraße/Buschweg sowie der Eisenbahnquerung Oldenburg-Wilhelmshaven gebildet werden (siehe Anlage 1).

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

1. Lageplan

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2012/040

freigegeben am 27.02.2012

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Hans-Hermann Ammermann

Datum: 27.02.2012

Fortschreibung des ZVBN-Nahverkehrsplans 2013-2017 - Antrag B'90/Die Grünen

Beratungsfolge:

Status

Ö

N

Datum

19.03.2012

24.04.2012

Gremium

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

- ohne -

Sach- und Rechtslage:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat den in der Anlage beigefügten Antrag gestellt.

Der Verwaltung ist bis zum heutigen Tage die Fortschreibung des Nahverkehrsplans 2013-2017 nicht bekannt. Am 14. März 2012 findet beim Landkreis Ammerland eine erste Vorstellung des Nahverkehrsplans durch einen Vertreter des Zweckverbandes statt. In der Sitzung am 19. März wird berichtet werden können, welchen Inhalt die Fortschreibung des Nahverkehrsplans hat. Dann sollte auch eine Entscheidung hinsichtlich der weiteren Behandlung des Antrages stattfinden.

Finanzielle Auswirkungen:

Zurzeit keine.

Anlagen:

Anlage 1 – Antrag B'90/Die Grünen ZVBN

Mitteilungsvorlage**Vorlage-Nr.: 2012/046**

freigegeben am 01.03.2012

GB 3

Sachbearbeiter/in: Frau Kerstin Haye

Datum: 01.03.2012**Einrichtung einer Querungshilfe an der Oldenburger Straße, Antrag der F.D.P.****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	19.03.2012	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	24.04.2012	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

- ohne -

Sach- und Rechtslage:

Die F.D.P. stellt mit Schreiben vom 22.02.2012 den in der Anlage beigefügten Antrag auf Einrichtung einer Querungshilfe an der Oldenburger Straße.

Der Antrag wird damit begründet, dass durch die an dieser Stelle des Ortes stark frequentierten Geschäfte wie Ärztehaus, Eisdiele, Gemeindebücherei und dem Kögel-Willms-Platz als Parkplatz eine stärkere Querung durch Fußgänger als an anderer Stelle der Oldenburger Straße zutrifft und gesehen wird.

Aus Sicht der Verwaltung ist folgendes anzumerken: Fußgängerüberwege sollen in der Regel nur angelegt werden, wenn es erforderlich ist, dem Fußgänger Vorrang zu geben, weil er sonst nicht sicher über die Straße kommt. Das ist jedoch nur dann der Fall, wenn es die Fahrzeugstärke zulässt und es das Fußgängeraufkommen nötig macht. Möglich sind Fußgängerüberwege ab einer Verkehrsdichte von 200/300 Kfz pro Stunde und einer Querung durch Fußgänger zwischen 50/100 pro Stunde. Zu empfehlen ist diese Art von Anlage bei einem Wert von 450/600 Kfz pro Stunde und einer Querung durch Fußgänger zwischen 50/100 pro Stunde. Daten betreffend der Anzahl der Querungen durch Fußgänger sowie aktuelle Werte bezüglich des Kfz-Aufkommens liegen der Verwaltung zurzeit nicht vor.

Ein Fußgängerüberweg ist eine Querungshilfe, die durch deutliche Anbringung des Verkehrszeichens (VZ) 293 „Zebrastrifen“ auf der Fahrbahn entsteht.

Zuständig für die Entscheidung auf Erstellung eines Fußgängerüberweges ist die Verkehrsbehörde des Landkreises Ammerland.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Anlage 1 – Antrag Fußgängerüberweg, F.D.P.